

Internationaler Frauentag am 8. März 2026

Demonstration: Sonntag, 8. März um 14 Uhr / Schlossplatz

Veranstaltung der DKP
zum Frauentag am 8. März
um 17 Uhr im Waldheim in
Sillenbuch, Clara-Zetkin-Haus
Gorch-Fock-Straße 26

Weiber – Luder – Hexen
Freches steht neben Besinn-
lichem und Kämpferischem,
Wunderliches neben Alltäg-
lichem.



Nein zur Wehrpflicht! Am 5. März auf die Straße!

Die Bundesregierung hat in den letzten Monaten den Militarisierungs- und Kriegskurs fortgesetzt. Klar war schon früh: die Wehrpflicht muss zurück. Ist ja auch logisch. Einen Krieg kann man schlecht ohne Soldaten gewinnen. Darum sollte am 5.12. das neue „Wehrpflichtmodernisierungsgesetz“ erlassen werden. Die Spitzenpolitiker aller Parteien sind sich mehr oder minder einig, dass die Jugend, der in der aktuellen Zeit eh jegliche Zukunftsperspektive genommen wird, zum Dienst an der Waffe gelockt werden sollte. Klar ist jedoch: die Jugend hat kein Interesse daran, in den Kriegen der deutschen Konzerne zu sterben. Darum haben sich in den Monaten vor dem 5.12. an Schulen in über 95 Städten in Deutschland Streikkomitees gegründet. Sie koordinierten einen kollektiven Regelbruch. Am 5.12. sollten alle Schüler den Unterricht verweigern und auf die Straße gehen. Die Umfragen, die die Streikkomitees an ihren Schulen durchführten, zeigen klar: eine überwältigende Ablehnung gegenüber den Plänen der Bundesregierung. An einigen Schulen sprachen sich 90 % der befragten Schüler gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht aus. Über 55.000 Schülerinnen und Schüler entschlossen sich deshalb, den Schulunterricht zu verweigern, um ein Zeichen zu setzen. Für viele war es das erste Mal, dass sie auf die Straße gingen. Doch der Streik konnte das Wehrpflichtmodernisierungsgesetz nicht verhindern. Aber das Protestpotential wächst weiter und so werden am **5.03.2026** wieder Schüler in ganz Deutschland auf die Straße gehen. Was können wir tun?

- Unterstützen wir unsere Kinder, sollten sie Repressionen oder Anfeindungen der Lehrer ausgesetzt sein!
- Werben wir in den Gewerkschaften um Solidarität und Unterstützung der Schulstreiks!
- Zeigen wir Solidarität mit den Schülerinnen und Schülern, die lieber selbstbestimmt leben, als fremdbestimmt im Schützengraben sterben!

Infos: <https://stuttgart.dkp.de/>

Kontakt: stuttgart@dkp.de

V.i.S.d.P: R. Zarth, DKP; Stgt, Böblingerstr. 105



Metall-Info

DKP Stuttgart informiert

Sorgen um den Arbeitsplatz

Die Meldungen über Stellenstreichungen und Betriebsschließungen reißen nicht ab. Bosch wird 22.000 Arbeitsplätze streichen, die Bosch-Beschäftigten hatten auf die angeblich sicheren Arbeitsplätze beim größten Autozulieferer der Welt vertraut.

Arbeitsplatzabbau auch bei Daimler, Porsche, Mahle. Ebenso bauen viele kleine und mittelständische Betriebe Arbeitsplätze ab oder schließen gleich ganz. Im Großraum Stuttgart gingen im vergangenen Jahr Tausende Arbeitsplätze verloren. Studien und Berichte prognostizieren, dass ein Drittel der Arbeitsplätze in der Autoindustrie und bei Zulieferern wegfallen könnte, was zehntausende Jobs betreffen würde. Hinter diesen blanken Zahlen stehen aber auch immer Einzelschicksale, Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, Verunsicherung und zunehmende Existenzangst.

Die Industrieproduktion der Bundesrepublik schrumpft seit 2018. Drei Jahre hintereinander stagniert die deutsche Wirtschaftsleistung und auch die Vorhersagen für 2026 sind mäßig. Bei seinem Besuch in China Anfang Dezember fiel selbst Außenminister Johann Wadephul auf, dass Deutschland bei Innovationen ein „Aufholproblem“ hat. Experten sagen, es sei bei Spitzentechnologien abgehängt. Dieses Zurückbleiben wurde jetzt auch in Regionen spürbar, in denen Massenentlassungen und Wohlstandsverlust bisher unvorstellbar waren, wie z. B. bei uns in Baden-Württemberg.

Überschrift einer FAZ-Reportage aus Schwäbisch-Gmünd Mitte November: „Musterländle im freien Fall“. Betriebsverlagerungen z.B. nach Ungarn oder auch auf Grund der Sanktionspolitik der Bundesregierung nach China.

Die Arbeitslosigkeit als großes gesellschaftliches Problem ist wieder zurückgekehrt. Laut Andrea Nahles, Vorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, ist der Arbeitsmarkt „seit Monaten wie ein Brett“, ohne Schwung also. Vor Erwerbslosigkeit sei aber keine Berufsgruppe mehr gefeit. Die Wahrscheinlichkeit für Erwerbslose, einen neuen Job zu finden, sei „so niedrig wie nie zuvor“. Und was fällt den Vertretern des deutschen Kapitals dazu ein? „Deutschland braucht wieder mehr Leistungsbereitschaft“. Dazu passend die Kampagnen zur Spaltung der Arbeiterklasse in Arbeitende, Arbeitslose, MigrantInnen und Deutsche. Die Hetze und zunehmenden Druck gegen Bürgergeldbezieher soll vom eigentlichen Problem ablenken. So wird eine prekäre Gruppe gegen die andere ausgespielt. In dieser Frage gibt es leider eine ganz große Koalition von den Grünen über die SPD und CDU bis hin zur AfD.



Gemeinsam Kämpfen gegen die Angriffe des Kapitals

Eine solche Entwicklung fällt aber nicht vom Himmel und ist auch nicht alternativlos. Sie hat etwas mit dem kapitalistischen Profitsystem zu tun. All diese Konzerne, die jetzt Arbeitsplätze abbauen, schreiben keine roten Zahlen, sondern haben noch immer Gewinne in Milliardenhöhe und weniger Gewinn ist noch immer Gewinn. Vor allem: wo ist das Geld der vergangenen, noch besseren Jahre geblieben?

Das Ganze hat System. Es ist nicht der eine oder andere Manager, der falsche Entscheidungen trifft, sondern im Kapitalismus geht es einzig und allein um den Profit und nicht um die Menschen.

Gegenwehr ist notwendig. Doch der ein oder andere Warnstreik jeder Belegschaft für sich allein nützt nicht viel. Es gilt gemeinsam die Angriffe des Kapitals abzuwehren. Ein gutes Beispiel war die gemeinsame Aktion von über einem Dutzend Bosch-Betrieben und anderen Metallbetrieben aus der Region am 24. November in Waiblingen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Werksschließungen.

Nachdem die Kapitaleseite die Sozialpartnerschaft schon lange aufgekündigt hat, wäre es an der Zeit, wenn auch die Verantwortlichen bei der IGM dies erkennen würden und nicht immer wieder mit hilflosen Appellen an Bundesregierung und einzelne Konzernmanager versuchen würden, einzelne Maßnahmen abzufedern. Dem Klassenkampf von oben muss mit Klassenkampf von unten begegnet werden und dazu ist die ganze Arbeiterklasse aufgerufen.

Wenn das Kapital nicht mehr in der Lage ist, den Menschen in unserem reichen Land ein gutes Leben zu gewährleisten, so muss es vergesellschaftet werden wie es auch das Grundgesetz und die IG Metall-Satzung vorsieht.

Grundgesetz

Art 14 Abs. (2) „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Abs (3) „Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig...Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen.“

Satzung IGM § 2 Aufgaben und Ziele der IG Metall: unter Punkt 4: „Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum“

Repression und Kriegstreiberei nimmt zu

Der wirtschaftlichen und sozialen Krise begegnete die Regierung des deutschen Großkapitals 2025 mit zwei vermeintlichen Auswegen: Verschärfung der Repression und der Gesetze gegen kapitalismuskritischen Protest sowie bisher nicht dagewesener finanzieller Vorbereitung auf einen Krieg gegen Rußland. Der wichtigste Schritt zu letzterem war die Beseitigung der sogenannten Schuldenbremse für Rüstungs- und Kriegsausgaben. Am 21. März wurde abschließend die Verfassungsänderung und damit die Aufnahme von Kriegskrediten in unbegrenzter Höhe mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet. „What ever it takes“ wie es Merz sagte.

Auf ihren letzten Sitzungen im Dezember 2025 beschlossen Bundestag und Bundesrat die Wiedereinführung der Wehrpflicht, verschleiert mit „Freiwilligkeit“ – dagegen sind am 5. Dezember 55 000 Schüler trotz Verbot und Schikanen bundesweit auf die Straßen gegangen.

Betriebsratswahlen 2026:

Keine Stimme für rechtsextreme Gewerkschaftsfeinde

Vom 1. März bis zum 31. Mai finden in zehntausenden Betrieben in ganz Deutschland Betriebsratswahlen statt. Formal kann ein Betriebsrat in Betrieben mit mindestens fünf Beschäftigten gewählt werden. Nicht einmal jeder dritte Beschäftigte in der Privatwirtschaft wird von einem Betriebsrat vertreten. 1996 waren es noch 49%. In nur 7 % der Betriebe gibt es Betriebsratsgremien. Dort, wo gewählt wird, ist die Wahlbeteiligung mit rund drei Viertel der wahlberechtigten Beschäftigten allerdings hoch. Das ist weit mehr als bei Bundestags- oder Landtagswahlen und zeigt, dass Kolleginnen und Kollegen die Bedeutung der Wahl ihrer Interessenvertretung durchaus bewusst ist.

Doch aufgepasst: Auch dieses Jahr treten wieder rechtsorientierte Listen an. Das tun sie seit 2010, allerdings mit mäßigem Erfolg. Bundesweit holten sie bei den letzten Betriebsrats-Wahlen nur rund 20 bis 25 Mandate von knapp 80.000 Mandaten, die es im Organisationsbereich der IGM gibt. Ihre Wirkmächtigkeit ist schon deshalb äußerst beschränkt. Ein Beispiel für eine solche rechte Liste ist „Zentrum“, früher „Zentrum Automobil“. „Zentrum“ arbeitet seit über 15 Jahren am Aufbau einer rechtsextremen Gewerkschaftsorganisation. Ihr Vorsitzender ist Oliver Hilburger, Betriebsrat bei Mercedes im Werk Untertürkheim. Er war unter anderem Mitglied der Rechtsrockband „Noie Werte“, deren Musik in Bekennervideos der NSU-Terroristen verwendet wurde. Er ist Vorsitzender vom „Zentrum“ und arbeitet eng mit dem rechtsextremen Flügel der AfD um Björn Höcke zusammen. Bei den Wahlen 2022 konnten sie z. B. bei Mercedes Untertürkheim, Sindelfingen und Rastatt, aber auch bei VW in Zwickau und einigen kleineren Betrieben Mandate gewinnen. Die letzten Jahre haben sie ihre Strukturen ausgebaut, um an Einfluß zu gewinnen und ihre rechtsextremen Positionen in die Belegschaften zu tragen.

Sie geben vor, die Interessen der Beschäftigten besser zu vertreten als die IG Metall. Doch stimmt das? In den Betrieben haben sie keine eigenen Programme oder Ziele. Ihr Hauptkampf richtet sich gegen die IG Metall, nicht gegen das Kapital, nicht gegen die Konzernvorstände. In keiner Auseinandersetzung in den Betrieben gegen Sparprogramme oder Arbeitsplatzvernichtung haben sie jemals eine Rolle gespielt. Auch in keinem Streik, in keiner Tarifauseinandersetzung für höhere Löhne oder bessere Arbeitsbedingungen spielten sie eine Rolle. Im Gegenteil – sie sind z. B. gegen hohe Lohnforderungen und sie sind gegen Streiks.

Rechte Listen treten oft unter anderen harmlos klingenden Listennamen an, um eine Identifizierung zu erschweren. Auch kandidieren Rechtsextreme auf gemeinsamen Listen, ohne offen in Erscheinung zu treten. Um sie zu entlarven, helfen nur Diskussionen, bei denen sie ihre Positionen bekannt machen müssen.

Für die nachhaltige Bekämpfung der rechten „Alternativen“ ist es wichtig, dass sich die DGB-Gewerkschaften von der Ideologie der Sozialpartnerschaft und des Co-Managements verabschieden. Kämpferische Interessensvertretungen, die sich gegen die Angriffe von Seiten des Kapitals gemeinsam mit den Belegschaften wehren, die sichtbar und erlebbar sind, sind der beste Schutz gegen Rechts. Wir setzen uns dafür ein, in den DGB-Gewerkschaften, die die große Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen vertreten, den Kampf um die richtigen Positionen zu führen, und sagen: Keine Stimme für rechtsextreme Pseudo-Gewerkschaften. Sie spalten und schwächen die Arbeiterbewegung.

